

Antrag der Fraktion DIE LINKE.**Entlassungen verhindern – Hafendarbeitsplätze erhalten!**

Auf die Bremer und Bremerhavener Häfen kommt eine Entlassungswelle zu, von der mehrere 1000 Beschäftigte betroffen sein können. Beim Gesamthafenbetriebsverein (GHB) sollen weitere ca. 1000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren, mehrere 100 sind bereits ausgeschieden durch Nichtverlängerung befristeter Verträge. Gerade angesichts der Tatsache, dass diese Beschäftigten den Aufschwung der Hafen- und Logistikbranche der letzten Jahre mit ihrer Arbeit getragen haben, ist es nicht hinnehmbar, dass sie nun vor dem Nichts stehen sollen.

Die Wirtschaftskrise hat die Häfen in Bremen und Bremerhaven voll getroffen. Dabei handelt es sich jedoch zu einem erheblichen Teil um einen vorübergehenden Einbruch und nicht um Überkapazitäten. Mit einer Erholung des maritimen Handels ist mittelfristig zu rechnen. Dabei sind auch das Entstehen neuer Hafenanlagen (Jade Weser Port) und die Beschäftigungspotenziale einer zukunftsfähigen Anschlusslogistik (Short-Sea-Shipping, Vermeidung von Landverkehren) mit zu berücksichtigen.

Aus sozialer und aus wirtschaftlicher Verantwortung muss daher jetzt oberstes Ziel sein, Entlassungen in der Krise zu verhindern. Der Gesetzgeber und die Bundesagentur für Arbeit haben dafür auf Bundesebene weitreichende Instrumente bereitgestellt. So kann durch die Inanspruchnahme von konjunkturellem Kurzarbeitergeld (KUG) die finanzielle Belastung der Unternehmen durch die Weiterbeschäftigung nahezu vollständig vermieden werden. Lohnseinbußen für die Beschäftigten können durch Aufstockungen des KUG, durch die Betriebe und gegebenenfalls mit Landesunterstützung, verringert oder ganz vermieden werden.

Scharf entgegenzutreten ist dagegen allen Versuchen von Unternehmen, die Krise zu nutzen, um auf dem Rücken der Beschäftigten ihre Kostenstruktur zu verbessern, Lohnkosten zu drücken und sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Belegschaften zu entledigen. Die Hafenbetriebe, allen voran die BLG, müssen daran gehindert werden, auf billige Leiharbeitsfirmen zu wechseln oder die Tarife zu senken. Auch der Einsatz von Transfergesellschaften ist kritisch zu sehen, da hier Kündigungen bereits vollzogen und tarifliche Ansprüche auf KUG-Aufstockung umgangen werden.

Die Situation der Beschäftigten des GHB erfordert ein offensives Engagement des Senats. Die BLG, stärkster Träger und zugleich größter Kunde des GHB, ist eine 100%ige Beteiligungsgesellschaft der Stadt Bremen. Massenentlassungen beim GHB sind inakzeptabel. Ebenfalls inakzeptabel sind Versuche, durch die Krise eine „Verschlankung“ des Mitarbeiterstamms und eine Verschlechterung der Entleihbedingungen durchzusetzen. Die Beschäftigten, die in den vergangenen Jahren die stürmische Gewinnentwicklung der Hafenwirtschaft erarbeitet haben, erwarten mit Recht, dass sich der Senat jetzt ohne Wenn und Aber für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze einsetzt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, sich in Verhandlungen mit dem GHB für eine umfassende Verhinderung von Kündigungen einzusetzen. Dies gilt auch für die befristet Beschäftigten.
2. Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zum unmittelbaren Erhalt aller Arbeitsplätze beim GHB vorzulegen, auch der befristet oder unständig Beschäftigten.

Darin ist aufzuzeigen, welche Überbrückungshilfen des Landes dafür gegebenenfalls notwendig sind, wie diese seitens der Hafenbetriebe zu refinanzieren sind, welche europäische und Bundesmittel genutzt werden können und mit welchen betrieblichen Mitteln und Landesmitteln Lohneinbußen durch Kurzarbeitergeld ausgeschlossen werden können.

3. Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zum langfristigen Erhalt aller Arbeitsplätze in der Hafenwirtschaft vorzulegen. Dabei sind auch Möglichkeiten der Diversifizierung und Konversion zu berücksichtigen und Anforderungen an eine nationale und europäische Hafenplanung zu formulieren.

Inga Nitz, Walter Müller,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.